

*Jürgen Reusch*

## **DIE LINKE – ein Aufschub, aber (noch) kein Aufbruch**

Ein Aufbruch nach vielen Wahlniederlagen, vor allem nach der Wahlkatastrophe bei der Bundestagswahl im September 2021, nach den quälenden Jahren der Grabenkämpfe und Selbstzerfleischungen, nach Rücktritten und Austritten war er schließlich nicht, der vergangene Parteitag der Linken in Erfurt Ende Juni. Und konnte er vielleicht auch (noch) nicht sein, zumal er mit Programmpunkten (politische Grundsatzdebatten, Personalfragen) überfrachtet war. Ein Desaster wurde vermieden, aber ein für alle auseinanderdriftenden Richtungen akzeptabler Grundkonsens wurde nicht erreicht.

Die Zukunft der Partei Die Linke bleibt ungewiss. Die nächsten Bewährungsproben stehen schon an. Am 10. Oktober – kurz nach Erscheinen dieses Hefts – sind Landtagswahlen in Niedersachsen, bei denen die Linke zeigen muss, ob sie an die 4,6 Prozent von 2017 anknüpfen kann. Am 14. Mai 2023 wählt Bremen, hier ist die Linke Regierungspartei und muss ihre 10 Mandate – derzeit mit 11,3 Prozent - in der Bürgerschaft verteidigen. Im Herbst nächsten Jahres folgen die Landtagswahlen in Bayern und Hessen. In Hessen ist die Linke seit 2008 ununterbrochen mit einer Fraktion vertreten – die einzige in einem westdeutschen Flächenland -, derzeit hält sie mit 6,3 Prozent 9 Sitze. Es geht also um viel. Schließlich folgen im Frühjahr 2024 die Wahlen zum EU-Parlament. Es geht aber nicht nur um Wahlen. Schon jetzt und in den nächsten Wochen und Monaten muss die Linke ihre Handlungsfähigkeit vor allem bei den zu erwartenden sozialen Konflikten und Protesten beweisen. Viel Zeit bleibt also nicht, den in Erfurt gewonnenen Aufschub zu nutzen.

Auch die Ergebnisse der Vorstandswahlen beim Parteitag sprechen nicht für neue Geschlossenheit und Einhelligkeit. Janine Wissler, im Februar 2021 erstmals zur Vorsitzenden gewählt, musste sich bei ihrer erneuten Wahl mit 57,7 Prozent zufriedengeben. Heidi Reichinnek, ihre über Niedersachsen hinaus weitgehend unbekannte und von den beiden Fraktionsvorsitzenden und auch von Sarah Wagenknecht favorisierte Gegenkandidatin, kam auf beachtliche knapp 36 Prozent. Martin Schirdewan, neuer Co-Vorsitzender, erzielte 61,3 Prozent, Bundesschatzmeister Harald Wolf wurde mit 59 Prozent gewählt. Schirdewans Gegenkandidat Sören Pellmann erzielte 31 Prozent. Einige weitere Kandidat:innen für den stellvertretenden Parteivorsitz oder den Parteivorstand – es sei dahingestellt, ob sie zu Recht der so genannten Wagenknecht-Richtung zugerechnet werden können - zogen ihre Kandidaturen zurück, auch wenn sie (per Quotierung) sicher gewählt worden wären.

Damit wird das komplizierte innerparteiliche Strömungsgefüge in den gewählten Gremien nicht wirklich abgebildet – eine schwere Hypothek für die nächste Zukunft. Insgesamt zeigen Wahlergebnisse zwischen 47 und 62 Prozent, dass aus Konflikten und Meinungsverschiedenheiten einer pluralistischen Partei

längst kaum überbrückbare Gräben geworden sind. Wenn das nicht zum Untergang der Linken führen soll, braucht es dringend ein integrierendes Führungszentrum. Darum wurde erkennbar auch gerungen. Aber es kam nicht zustande. Im Grunde haben sich alle konkurrierenden – teilweise selbst wieder inhomogenen – Strömungen in Erfurt nicht mit Ruhm bekleckert. Obwohl sie in vielen politischen Fragen übereinstimmen, bleiben aber gerade in den konträren strategischen Orientierungen die Fronten verhärtet. Je nach Abstimmung verweigerte sich ein hartnäckiges Drittel von Delegierten jedem Versuch, einen neuen personellen, politischen und strategischen Konsens herzustellen.

## **Die Linke wird dringend gebraucht – nur wie?**

Geradezu absurd an dieser Situation ist, dass die politische Großwetterlage in Deutschland für eine sozialistische Gerechtigkeitspartei – wie Janine Wissler sie in ihrem Grundsatzreferat beschrieb – eine echte Steilvorlage ist. Wissler ging die Ampelkoalition in zentralen Fragen massiv an und verband das in ihrer kämpferisch vorgetragenen Einleitungsrede mit einer strategischen Orientierung auf eine linke Politik, die in den gegenwärtigen Umbrüchen progressive Forderungen vertritt und dabei eine soziale und ökologische, über den Kapitalismus hinausweisende Perspektive bietet. Das müsse die Linke vor allem in drei Kernbereichen beweisen: Im Engagement für die spürbare Entlastung der Menschen mit geringen und mittleren Einkommen in Anbetracht der Krise, für Abrüstung und politische Deeskalation in Anbetracht einer neuen Blockkonfrontation und des Krieges und für einen echten Klimaschutz, der die Kosten der Klimaretung nicht auf die arbeitende Bevölkerung abwälzt.

Mittelfristig, so Wissler, gehe es darum, den großen freien Raum links von der Ampel zu füllen – allerdings nicht einfach als soziales Korrektiv (das z. B. statt 12 Euro Mindestlohn 13, 14 oder 15 Euro fordert). Das müsse die Linke natürlich sehr engagiert auch sein. Aber sie müsse darüber hinaus auch eine sozialökologische Kraft sein, die mit einer verbindenden Klassenpolitik die verschiedenen gesellschaftlichen Milieus zusammenführt und ihnen eine weitergehende Perspektive bietet. Ein durchaus tragfähiger Ansatz, grundsätzlich auch nicht neu, Bernd Riexinger als früherer Parteivorsitzender hat darüber ganze Bücher geschrieben, was aber nie zum strategischen Konzept der gesamten Partei geworden ist<sup>1</sup>. Auch auf dem Parteitag blieb der Ansatz der verbindenden Klassenpolitik umstritten.

Dabei war ja die Beschränkung der Linken auf die Rolle des sozialen Korrektivs spätestens bei der Bundestagswahl 2021 gescheitert – ein Sachverhalt, der in den Wahlauswertungen der Linken allerdings völlig ungenügend aufgearbeitet wurde. Der SPD und den Grünen genügten im Wahlkampf ein paar Abstriche von der Agenda 2010, ein paar soziale Zugeständnisse, einige wenige Bekun-

---

<sup>1</sup> Bernd Riexinger: *Neue Klassenpolitik*, Hamburg 208. Siehe die Rezension von Michael Zander in Z 116, S. 226-228.

dungen von „Respekt“, kombiniert mit einigen weiteren Blinkern nach links<sup>2</sup>, um es zum Einsturz zu bringen.

Wisslers Plädoyer für eine Erneuerung des linken Grundkonsenses auf der Basis eines radikalen Reformkonzepts war auch vom Bemühen geprägt, ein gemeinsames Agieren der bewegungslinken Strömung mit dem Gros der Reform- und Regierungslinken der ostdeutschen Länder zu bekräftigen. Bodo Ramelow kam ihr dabei mit demonstrativer Unterstützung entgegen.

Allerdings blieb das ein fragiles Bündnis. Verbindende Klassenpolitik oder doch vor allem soziales Korrektiv – das wurde nicht wirklich geklärt. Amira Mohammed Ali und Dietmar Bartsch, die Fraktionsvorsitzenden der Linken im Bundestag, skizzierten in ihren Redebeiträgen zu zentralen politischen Fragen – explodierende Energiepreise, rasant steigende Lebenshaltungskosten für die Lohnabhängigen, Abrüstung – die Aufgaben der Fraktion aus ihrer Sicht. Keine Frage, das waren alles richtige und wichtige Themen. Sie vermieden es aber sorgfältig, der Linken eine über die kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnisse hinausweisende Rolle als eine sozialistische Gerechtigkeitspartei zuzuschreiben – anders als Wissler oder der Leitantrag 01. Hier schimmerte auch das schwierige Verhältnis zwischen Fraktion und Partei bzw. Parteivorstand durch, das mitverantwortlich ist für die häufige Vielstimmigkeit linker Wortmeldungen.

## **Verbindende Klassenpolitik**

In den Reden und Beschlüssen fallen einige analytische Schwachpunkte auf, die im Konzept der verbindenden Klassenpolitik schon länger zu sehen sind. Riexinger und andere haben schon vor einigen Jahren durchaus richtig ausgeführt, dass die Klasse der Lohnabhängigen heute weiblicher und migrantischer geworden ist, dass der Dienstleistungssektor größer und der industrielle kleiner geworden ist, dass es eine starke Tendenz zur Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen gibt. Eine nicht nur an Alltagserfahrungen festgemachte Klassenanalyse auf der Höhe der Zeit müsste aber sehr viel mehr leisten. Vor allem müsste sie den rasanten Strukturwandel der (alten und neuen) Kernbereiche dieser Klasse erfassen.

Im Konzept der verbindenden Klassenpolitik soll den konstatierten Spaltungen ein inklusiver Klassenbegriff gegenübergestellt werden. Abgrenzungen „nach unten“ oder „nach draußen“ müssten überwunden, ökologische und antirassistische Themen müssten in das Konzept integriert werden. Dem lag auch die Vorstellung zugrunde, in dieser vielgestaltigen und zerklüfteten Arbeiter:innenklasse gebe es ein ganz allgemeines gemeinsames Klasseninteresse. Gerade dann wäre es aber notwendig gewesen, im alltäglichen politischen Handgemenge, auch in Wahlkämpfen, für diese verbindende Klassenpolitik konkrete mobilisierungsfähige politische Zuspitzungen zu finden. Genau daran mühte sich auch dieser Parteitag ab.

---

<sup>2</sup> Siehe s. Z-Redaktion: Ampelkoalition: Eine neue Rolle für den Staat?, und André Leisewitz: Klimaversprechen des Koalitionsvertrags, in: Z 129, S. 97-122.

Eine tragfähige strategische Orientierung müsste auch über die Auseinandersetzung mit dem Agieren der Ampel hinaus eine tiefergehende konkrete Analyse der neueren Entwicklungsphase des Metropolenkapitalismus seit der großen Krise 2008ff. hin zu einem stärkeren Staatsinterventionismus zumindest skizzieren. Ob wir es mit einer neuen Entwicklungsphase des neoliberalen Kapitalismus zu tun haben, sei mal noch dahingestellt. Jedenfalls organisiert der Staat den für den Kapitalismus alternativlosen ökologischen Umbau. Die korporatistischen Elemente der Phase seit 2008ff. sind weiter ausgeprägt, auch was die Einbindung der Gewerkschaften betrifft (konzertierte Aktion), allerdings mehren sich auch die konfrontativen Aktionen der Kapitalseite, und die Konflikte in Branchen und Betrieben nehmen zu.

## **Sozialer und ökologischer Systemwechsel**

Der wichtigste unter den angenommenen politisch-strategischen Beschlüssen des Parteitags war schließlich der (Wisslers Vortrag ergänzende und konkret ausführende) umfangreiche Leitantrag 01 des Parteivorstands „Gemeinwohl statt Profit. Klimagerechtigkeit statt Aufrüstung. Die Linke ist bereit für die neue Zeit“. Er bildet ein – von den Medien kaum beachtetes – programmatisch-strategisches aktuelles Grundsatzdokument der Partei – dabei auch mit einiger Selbstkritik: Die Linke habe bisher das Engagement gegen die drohende Klimakatastrophe und das Aufzeigen sozial-ökologischer Alternativen vernachlässigt. „Als Linke werden wir den sozialen und ökologischen Systemwechsel ins Zentrum rücken“, lautet eine Schlussfolgerung. Und weiter: „Die Linke ist mehr als ein soziales Korrektiv, wir wollen eine neue Wirtschaftsordnung nach dem Neoliberalismus und jenseits des fossilen Kapitalismus. ... Sozialistische Politik ist daher mehr als die Forderung nach einer gerechteren Verteilung von Einkommen und Vermögen und einer Wiederherstellung des Sozialstaates: Es geht um neue, demokratische und nachhaltige Weisen zu arbeiten und zu produzieren, um die ökologische Transformation von Industriestrukturen, eine nachhaltige Landwirtschaft und eine neue Qualität öffentlicher Infrastruktur, die ein gutes Leben für alle möglich macht.“

Im Sinne der verbindenden Klassenpolitik orientiert der Leitantrag auch auf „neue Bündnisse“. „Wir wollen mithelfen, Kämpfe zu verbinden. Wir wollen gemeinsam mit den Schüler\*innen und Student\*innen von Fridays4Future und Gewerkschaften, in Friedensbündnissen, mit Seebrücke und Mieter\*inneninitiativen kämpfen. Zusammen mit den Umwelt- und Sozialverbänden wollen wir Druck machen für eine sozial-ökologische Transformation. Antirassistische und feministische Bewegungen, der Kampf für gleiche soziale Rechte für alle gehören für uns zur linken DNA. Unsere Solidarität ist unteilbar. Unsere Antwort auf die neuen und alten Spaltungen ist eine verbindende Klassenpolitik: eine verbindende Interessenpolitik aller bisher politisch Machtlosen.“

Das geht alles in die richtige Richtung. Wenn es also nicht darum geht, antirassistische und feministische Politiken als „nachrangig“ anzusehen, müssen sie mit den Klassenverhältnissen analytisch verbunden werden. Es muss gelingen, sie klas-

senpolitisch zu „erden“, wie es in Z 116 formuliert wurde.<sup>3</sup> Denn „Ausbeutung und Klassenherrschaft haben ein politisches und gesellschaftlich-materielles Zentrum, das in der organisierten Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel liegt“<sup>4</sup>. Analytische Klarheit in diesen Fragen ermöglicht es schließlich, die politische Mobilisierung auf die entscheidenden Fragen zuzuspitzen: „Politische Mobilisierung muss dann darauf zielen, im konkreten gesellschaftlichen Widerspruchspotenzial sowohl die klassenbezogenen Interessen der Lohnabhängigen als auch das Engagement gegen alle Diskriminierungs- und Unterdrückungsverhältnisse und -erfahrungen und die Zerstörung der ökologischen Existenzbedingungen zu verbinden“<sup>5</sup>. Wissler erwähnte die Berliner Mieten- und Enteignungskampagne, bei der das gelungen sei. Weitere positive Beispiele sind aber offensichtlich rar. Das verweist auf eine weitere Schwäche: Verbindende Klassenpolitik muss nicht nur theoretisch klar sein, sie muss sich auch in der Praxis bewähren: In der Verankerung in den Betrieben, in Aktivitäten in den Wohngebieten usw.

Der schließlich angenommene Leitantrag formulierte den strategischen Grundkonsens, der der Partei zu diesem Zeitpunkt möglich war. Er wurde zwar von einer Mehrheit, aber durchgängig immer nur von etwa zwei Dritteln der Delegierten geteilt – und das dürfte zu wenig sein für ein kraftvolles politisches Agieren.

Zudem wurde diese Position von verschiedenen Seiten relativiert. Einem (nicht angenommenen) Alternativantrag des Thüringer Linken-Politikers Benjamin Hoff fehlte völlig die über den Kapitalismus hinausweisende Stoßrichtung des Leitantrags. Stattdessen lag der Schwerpunkt darauf, mögliche politische Kooperationen mit Rot-Grün auszuloten. Am anderen Ende des Spektrums kam die Wagenknecht-Position hinzu, also die Position einer starken Minderheit, deren Kern die Wiederherstellung eines imaginierten Sozialstaats früherer Zeiten ist. Beides liefe darauf hinaus, die Linke zu einer „besseren“ SPD machen zu wollen. Sinnvoller wäre es, das Konzept der verbindenden Klassenpolitik analytisch nachzuschärfen und politisch durchzudeklinieren.

## Populistische oder Populäre Linke?

Die mit der Person Wagenknechts in Verbindung gebrachten Positionen hatten auf dem Parteitag keine Chance, haben in der Partei aber beträchtlichen Einfluss. Ein Beispiel ist der Antrag P 10 der Sozialistischen Linken, „Konsequenzen aus dem Bundestags-Wahlergebnis – jetzt umsteuern“. Er wiederholte den – auch hier nicht belegten – Vorwurf, die Linke erscheine in der Öffentlichkeit „als eine politische Kraft, die vor allem Anliegen kleiner linker und Bewegungsmilieus in größeren Städten und dabei einseitige und/oder überzogene Positionen vertritt.“ Ihre Verankerung in den „Lebenswelten der einfachen Leute“ sei immer geringer geworden, heißt es weiter.

<sup>3</sup> André Leisewitz/John Lütten: Neue Klassendiskussion, in: Z 116, S. 26-39, hier S. 38f.

<sup>4</sup> Ebd.

<sup>5</sup> Ebd., S. 39.

In der Tat hat der Rückhalt der Linken bei den unteren Gruppen der Lohnabhängigen abgenommen. Das hat viele Gründe, am wenigsten aber den, die Partei habe sich viel zu sehr auf Lifestyle-Themen kapriziert. Der Rückblick auf den Bundestagswahlkampf der Partei kann das ebenfalls nicht bestätigen. Aus dieser Fehleinschätzung resultiert eine politische Orientierung, die der Linken vorrangig die Aufgabe zuweist, mit einer klassischen sozialdemokratischen Verteilungspolitik für mehr sozialen Ausgleich und mehr soziale Gerechtigkeit zu sorgen.

Besonders deutlich wurde das in dem von Wagenknecht, Amira Mohamed Ali, Andrej Hunko, Sevim Dagdelen, Klaus Ernst, Ralf Krämer u.a. initiierten Aufruf „Für eine populäre Linke!“, der termingerecht wenige Tage vor dem Parteitag veröffentlicht wurde und zu diesem Zeitpunkt mehrere hundert Unterzeichner:innen hatte<sup>6</sup>. Momentan dümpelt der Aufruf bei gut 6.000 Unterschriften und hat seine Schuldigkeit getan. Er kann jetzt als Basis für eine dauerhafte fraktionelle und gegen die Mehrheitsbeschlüsse des Parteitags gerichtete Vernetzung der Wagenknecht-Richtung – als eine Art „Aufstehen 2.0“ – in der Partei genutzt werden, auch wenn das sicherlich nicht den Intentionen vieler seiner Unterzeichner:innen entspricht. „Ich denke, wir werden aus dem Aufruf für eine populäre Linke ein organisiertes Netzwerk machen“, teilte Wagenknecht der Süddeutschen Zeitung am 26. Juni mit— noch während des Parteitags.

Soweit die politischen Positionen dieser Richtung auf dem Parteitag zur Abstimmung standen, blieben sie in der Minderheit – allerdings einer starken Minderheit mit teilweise bis zu 30 Prozent der Stimmen. Der Aufruf bildet ein – manchmal erst auf den zweiten Blick erkennbares – komplettes Kontrastprogramm zum Leitantrag 01 des Parteitags. Zunächst enthält er eine Vielzahl sozialer Forderungen, die für sich genommen durchaus richtig, die aber kein Alleinstellungsmerkmal dieses Antrags oder der mit der Sozialistischen Linken verbundenen Strömung sind, sondern auch in der Rede Wisslers und in den Leitanträgen des Parteitags enthalten waren. Das mag erklären, warum etliche Mandatsträger:innen der Linken und einige Gewerkschafter:innen den Aufruf unterzeichnet haben, die nicht der Wagenknecht-Richtung zugerechnet werden können.

Der Aufruf unternimmt aber keinen Versuch, antirassistische, feministische und ökologische Forderungen in ein linkes Konzept zu integrieren. Der „Kampf gegen Rechts“ wird darauf reduziert, eine „glaubwürdige soziale Alternative“ zu bieten, als erledigte sich das Problem dann schon. Umwelt- und Klimapolitik kommen nur insofern vor, als gefordert wird, sie müssten die „Perspektive der Beschäftigten“ berücksichtigen. Natürlich müssen sie das, aber hier wird darauf verzichtet, eine eigenständige ökologische Position der Linken zu formulieren – und das in einer Zeit, in der der große Streit darum geht, ob und wie die ökologische Transformation auch eine soziale ist. Gönnerhaft wird eingeräumt, die Linke wolle mit Gewerkschaften und sozialen Bewegungen zusammenarbeiten, aber sie wolle nicht die „bessere Gewerkschaft“ sein, so als hätte das jemand ernsthaft gefordert. Wichtiger ist aber offenbar die Durchsetzung sozialer Forderungen auf

---

<sup>6</sup> <https://populaere-linke.de>

der parlamentarischen Ebene in Bund, Ländern und Kommunen – eine parlamentarische Fixierung, die in Wagenknechts Buch auf die Spitze getrieben wird. Hätte es im Vorfeld einen öffentlichen, breit unterstützten Appell von linken Gewerkschafter:innen, Intellektuellen und Aktivist:innen ökologischer und sozialer Bewegungen für eine starke Positionierung der Linken als soziale, ökologische, antimilitaristische und antirassistische Reformkraft gegeben, zu genau den Forderungen, die die Linke mehrheitlich dann auch beschlossen hat, ihm wäre eine starke Resonanz sicher gewesen. Was es gab, war eine Intervention von rund 70 linken Funktionsträger:innen, Intellektuellen, Wissenschaftler:innen, Betriebsräten und Gewerkschafter:innen unter dem Titel „Die Linke wird als demokratisch sozialistische Partei dringend gebraucht“<sup>7</sup>. Diese Intervention wurde am 16. Juni – ebenfalls kurz vor dem Erfurter Parteitag – veröffentlicht. Sie blieb allerdings weitgehend unbeachtet, die Medien schenkten ihr – anders als den Verlautbarungen Wagenknechts – keine Aufmerksamkeit, und sie warb (leider) in der linken Öffentlichkeit nicht um weitere Unterstützung, die sie sicherlich erhalten hätte. Diese Intervention entwickelte sehr konkrete Forderungen, die sich auf die sich verschärfende kapitalistische „Gerechtigkeits-, Wirtschafts-, Hegemonie- und Klimakrise“ bezogen. Ihr Kernsatz: „Es geht um eine Richtungsentscheidung: Steht die Linke für eine Partei, die sich im Wesentlichen auf Sozialstaat und soziale Kernpunkte beschränkt oder für eine sozialistische Politik, die die ökologische Frage als eine der klassenpolitischen Auseinandersetzungen der nächsten Jahre ernst nimmt.“ In dieser Situation werden „eine sozial-ökologische, feministische, antirassistische demokratisch-sozialistische Partei“ dringend gebraucht. Dass es nicht gelang, aus solchen Ansätzen eine wirksame Initiative zu entwickeln, zeigt die Schwäche eines integrierenden Zentrums.

Linke Öffentlichkeit und Medien nahmen die „Intervention“ kaum zur Kenntnis, und es blieb eine Leerstelle, die der „Aufruf für eine populäre Linke“ ausfüllen konnte. Es war ein Aufruf, der einen Popanz vom Konzept der verbindenden Klassenpolitik zeichnet und diesen dann ablehnt, der verharrt in einem traditionell-sozialdemokratischen Sozialpolitikmodell, der fixiert bleibt auf parlamentarische Stellvertreterpolitik. Er bietet kein Konzept gegen die drohende Klimakatastrophe und formuliert dazu keine eigene Position, sondern behandelt Klimapolitik nur als abhängige Variable, als Bedrohung für soziale Interessen der arbeitenden Bevölkerung. Und geniert sich nicht, offen für Wagenknechts Medienpräsenz an allen Parteibeschlüssen vorbei zu werben. Während es im zitierten Antrag der Sozialistischen Linken lediglich hieß, „wir“ dürften „nicht auf bekannte und anerkannte Persönlichkeiten verzichten“, schrieb der „Aufruf für eine populäre Linke“ direkter: „Dazu braucht es auch populäre Persönlichkeiten, die in Talkshows ein Millionenpublikum erreichen“. Die „populäre Persönlichkeit“ Wagenknecht liefert das Framing für den Aufruf. Wer es sich antun will, kann dieses Framing in Wagenknechts Buch „Die Selbstgerechten“ nachlesen.

---

<sup>7</sup> <https://www.links-bewegt.de/de/article/568.die-linke-wird-als-demokratisch-sozialistische-partei-dringend-gebraucht.html>.

Hier vertritt sie eine Minderheitsposition, die ganz dezidiert daherkommt als kulturell illiberale und sozial-konservative linkspopulistische (und nicht populäre) Position. Mit ihr hätte die Linkspartei keine Zukunft.

Weil allerdings der „Aufruf für eine populäre Linke“ das skizzierte Framing in abgeschwächter und teilweise auch verklausulierter Form präsentiert und mit etlichen völlig richtigen (und in der Linken auch gar nicht umstrittenen) populären sozialen Forderungen anreichert, konnte er auch Unterzeichner:innen gewinnen, die nicht auf eine bestimmte Strömung fixiert sind und die auch für die vom Parteitag beschlossenen Positionen zu einer radikalen sozialen und ökologischen Reformpolitik zu gewinnen wären. Das gilt sogar für etliche Positionen des genannten Antrags der Sozialistischen Linken. Diejenigen, die die dort formulierten Positionen zur „Opposition gegen Kapitalismus“, zu einer „wirklich verbindende(n) Klassenpolitik“ und gegen das „Projekt einer öko-kapitalistischen und nur halbwegs sozial abgefederten Modernisierung“ teilen – können die nicht auch für die beschlossenen Positionen des Parteitags gewonnen werden? Oder für soziale Kampagnen der Partei kommenden im Herbst/Winter?

Hier zeigt sich ein Dilemma der Linken: Mehrheitsentscheidungen von gut zwei Dritteln mögen ausreichen, einen Beschluss zu fassen, aber sie integrieren einen maßgeblichen Teil der Mitgliedschaft und Funktions- und Mandatsträger:innen nicht. Es mag sein, dass einige wenige der „populären Persönlichkeiten“ der Wagenknecht-Richtung gar nicht integriert werden wollen. Auf das Gros der Mitglieder und Aktiven dürfte das aber nicht zutreffen. Sie in den politischen Grundkonsens der Partei Die Linke einzubinden und für die entsprechenden Aktionen zu mobilisieren müsste aber gelingen, wenn sich die Spaltung nicht noch weiter vertiefen soll.

## **Krieg, Frieden, Abrüstung**

Die hier skizzierten Konflikte betreffen auch die Positionen der Partei zu den Themen Krieg und Abrüstung – und die gehören zur DNA einer linken Partei. Mit der Bildung der Ampel-Koalition sollte die Klimafrage im Mittelpunkt der Politik stehen. Der Angriffskrieg Russlands hat die Prioritäten verschoben. Auch die gesellschaftliche Linke insgesamt spürt das stark und ist bis heute tief verunsichert. Zwar verteidigt niemand in dieser Partei den Aggressionskrieg Russlands gegen die Ukraine. Wie aber Frieden wiederhergestellt werden könnte – da liegen die Positionen teilweise weit auseinander. In den Debatten liegen die Nerven blank.

Die Position der Parteitagsmehrheit wird formuliert im – mit kleinen Änderungen – angenommenen Leit Antrag 03 „Keine Aufrüstung. Kein Krieg. Für eine internationale Friedensordnung und internationale Solidarität“. In dem von Janine Wissler mündlich begründeten Antrag wird der russische Angriffskrieg auf die Ukraine verurteilt, werden Verhandlungen und ein sofortiger Waffenstillstand gefordert, werden erstmals auch Sanktionen akzeptiert. „Statt Waffenlieferungen in Kriegsgebiete müssen nicht-militärische Möglichkeiten erweitert werden: Sanktionen müssen sich gegen die ökonomische Machtbasis des Systems Putin“ richten. Das



Aufrüstungsprogramm der Bundesregierung wird konsequent abgelehnt, das System der Abschreckung wird verworfen, weil es mehr Kriegsgefahr statt mehr Sicherheit schaffe. Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen.

In dem Antrag mit seinen teilweise etwas unklaren Formulierungen können sich Anhänger:innen der Bewegungslinken wie auch der ostdeutschen Reformlinken wiederfinden, und teilweise auch diejenigen, die eher undeutlich der Wagenknecht-Richtung zuzurechnen sind: Bundesdeutsche Waffenlieferungen an die Ukraine wurden nicht direkt abgelehnt, der Antrag konnte aber so gelesen werden. Er ließ allerdings auch denen z. B. in der ostdeutschen Reformlinken Raum, die auf dem Weg zu Verhandlungen und Frieden auch eine militärische Unterstützung der Ukraine gegen die russische Aggression für unumgänglich halten. Auch Gasimporte aus Russland wurden nicht direkt abgelehnt, aber es wurde gefordert, „den Import von fossilen Energien aus Russland schnellstmöglich stärker einzuschränken“ und erneuerbare Energien stärker auszubauen. Sanktionen wurden grundsätzlich begrüßt, aber es wurde nicht konkret ausgeführt, welches denn nun die friedenspolitischen Sanktionen seien, denen man zustimmen wolle und welche man ablehne.

Drei Gegenanträge zeigten das Spektrum der unterschiedlichen Akzentsetzungen zum Thema. Ein von Sahra Wagenknecht, Norman Paech und weiteren eingebrachter Antrag wollte zwar – in milderer Formulierung – die russische Aggression verurteilen, sie aber deutlicher als der Leitantrag vornehmlich in den von der Nato verursachten geopolitischen Kontext stellen. Es wurde völlig richtig gefordert, bei völkerrechtswidrigen Aggressionen nicht mit zweierlei Maß zu messen. Die Verantwortung für den Ukraine-Krieg wurde aber ausschließlich der Nato zugesprochen (die in der Tat großen Anteil daran hat), eine eigenständige Rolle Russlands kam hier dagegen nicht vor. Dieser Antrag wurde mit so deutlicher Mehrheit abgelehnt, dass gar nicht erst ausgezählt werden musste. Ein weiterer Antrag aus der ostdeutschen Reform- und Regierungslinken, eingebracht von Kaus Lederer u.a., wollte im Gegenteil jeden Hinweis auf geopolitische Rivalitäten und die Verantwortung der Nato streichen und ausschließlich die russische Aggression verurteilen. Dieser Antrag wurde mit 223 zu 264 Stimmen eher knapp abgelehnt.

Das meiste politische Gewicht brachte ein kompletter Ersetzungsantrag zum Leitantrag des Parteivorstands auf die Waage, eingebracht von der Europa-Abgeordneten Özlem Demirel, von Ralf Krämer, Willi van Ooyen, Jan Schalauske u.a. Er formulierte eine konsequent antimilitaristische Position, sprach sich klar gegen Waffenlieferungen aus, verwarf auch die Sanktionen als Teil eines Wirtschaftskrieges im globalen Hegemonialkonflikt, sprach sich gegen eine weitere Hochrüstungsspirale aus und unterschied zwischen dem Krieg Russlands gegen die Ukraine einerseits und dem wirtschaftlichen, politischen und teilweise auch militärischen Weltordnungskrieg der USA und der Nato gegen Russland und China im globalen Hegemonialkonflikt, in dem die Ukraine nur eine Nebenrolle spielt. Er stellte auch klar, dass es nicht um Demokratie gegen Autokratie geht und machte sich stark für Deeskalation und Diplomatie gegen

Krieg, wo immer er stattfindet. Dieser Antrag wurde mit 226 gegen 303 Stimmen abgelehnt, obwohl er die antimilitaristische Tradition der Linkspartei am kompetentesten artikulierte. Das mochte auch damit zusammenhängen, dass Janine Wissler den Leitantrag des Parteivorstands in der Debatte mündlich begründet hatte. Wer Wissler in ihrer Funktion als Vorsitzende nicht beschädigen wollte, musste es wohl als schwierig empfinden, gegen den Leitantrag des Parteivorstands und für dessen komplette Ersetzung zu stimmen.

## Und jetzt?

Appelle, das „Klima der Denunziation“ (Gregor Gysi) zu beenden, durchzogen den gesamten Parteitag. Die Erfahrungen der ersten Wochen danach mögen eher pessimistisch stimmen. Zumindest gab es aber ein erkennbares Bemühen von Partei und Fraktion, die bisher schlechte Zusammenarbeit zu verbessern, abzulesen an einem Beschluss des Parteivorstands vom 10. Juli zur besseren „Zusammenarbeit zwischen Parteivorstand und Bundestagsfraktion“. Vom 12. Juli datieren „Eckpunkte für eine verbesserte Zusammenarbeit der Bundestagsfraktion und der Partei Die Linke“, gezeichnet vom neuen Bundesgeschäftsführer Tobias Bank und dem parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktion, Jan Korte. Unmittelbar danach, am 16. Juli, veröffentlichten Janine Wissler und Martin Schirdewan das Diskussionspapier „Für eine sozialistische Gerechtigkeitspartei – den linken Grundkonsens erneuern“<sup>8</sup>, eine Konkretisierung der Beschlüsse des Parteitags und ein Angebot an alle Mitglieder und Funktionsträger:innen. Vom 17. Juli datiert ein „Fünf-Punkte-Plan gegen die drohende Gas-Krise und drastisch steigende Preise“<sup>9</sup>, den Janine Wissler, Martin Schirdewan, Amira Mohamed Ali und Dietmar Bartsch vorgelegt haben und in dem sie die Ampel-Koalition scharf angingen. Das sind positive Signale. Auf die nun aber rasch eine politische Mobilisierung und Zuspitzung auf konkrete Forderungen folgen muss. Zudem werden auch Gewerkschaften, Sozialverbände und Klimabewegung im Herbst/Winter in vielen Konflikten aktiv werden (müssen). Werden diese Aktivitäten an Kraft gewinnen durch gemeinsame Forderungen? Wird es gelingen, die am meisten betroffenen und benachteiligten Lohnabhängigen zum Handeln zu bewegen? Wird es gelingen, eine Vereinnahmung der Proteststimmungen durch die populistische Rechte zu verhindern? Wird es gelingen, den Protesten ein linkes Profil zu geben und Die Ampel wirksam unter Druck zu setzen? Hier muss die Linke die entscheidenden Tests für ihre Handlungsfähigkeit bestehen. Ein Scheitern der Partei Die Linke bedeutete auch ein existenzielles Problem und einen gewaltigen Rückschritt für die gesamte politische und gesellschaftliche Linke im Lande.

---

<sup>8</sup> <https://www.links-bewegt.de/de/article/569.f%C3%BCr-eine-sozialistische-gerechtigkeitspartei-den-linken-grundkonsens-erneuern.html>

<sup>9</sup> <https://www.die-linke.de/start/detail/fuenf-punkte-gegen-die-drohende-gaskrise-und-drastisch-steigende-preise/>